

Zeitschrift: Jahresbericht / Deutschschweizerischer Sprachverein

Herausgeber: Deutschschweizerischer Sprachverein

Band: 2 (1906)

Artikel: Ein zweites Vereinsjahr liegt hinter uns [...]

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-595024>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bitte um gelegentl. Besprechung und Empfehlung

DEUTSCHSCHWEIZ. SPRACHVEREIN

Geschäftsstelle Zürich.

Pflegt die Muttersprache,
Schützt das deutsche Wort:
Denn der Geist der Väter
Lebt darinnen fort.

Ein zweites Vereinsjahr liegt hinter uns. Wir können mit ihm zufrieden sein insofern, als sich die Mitgliederzahl nahezu verdoppelt hat und an Arbeit das geleistet worden ist, was bei den gegebenen Verhältnissen möglich war. Denken wir an das, was zu tun übrig bleibt, so ist allerdings bisher herzlich wenig geschehen. Doch dürfen wir sagen, daß seit einem Jahr sowohl der Verein als die von ihm vertretene Sache Fortschritte gemacht haben.

Der gegenwärtige Bericht bringt nicht, wie der erste, einige hübsche wissenschaftliche Beilagen. Nicht daß es an Arbeiten gefehlt hätte, es lagen deren vielmehr wiederum mehrere vor. Aber die Geldmittel unseres Vereins erlauben uns nicht, den Druck des Jahresberichtes zu kostspielig zu gestalten, wenn dadurch nicht die Tätigkeit des Vereins beeinträchtigt werden soll. Unsere Mitglieder werden übrigens in kurzem, wahrscheinlich noch vor diesem Jahresbericht, das Deutsche Ortsnamenbüchlein für die Westschweiz von Eduard Blocher und Emil Garraux mit einer farbigen Karte zugestellt erhalten, und wir bitten sie, diese Arbeit als Beilage zum Jahresbericht anzusehen, ist sie doch von einem ehemaligen und von einem gegenwärtigen Vorstandsmitglied gemeinsam verfaßt.

In der Geschäftsleitung ist durch die Beschlüsse und Wahlen der Hauptversammlung vom 26. Wintermonat 1905 eine Änderung eingetreten. Sie ist aus dem Kanton Bern nach Zürich verlegt worden. Aus dem Vorstand sind ausgeschieden die Herren Garraux, von Greherz und Lauterburg, dafür neu eingetreten die Herren Blocher, Brodbeck, Brunner und Kleiner. So ist jetzt zwischen Bern und Zürich alles ordentlich geteilt, und der geschäftsführende Ausschuß, dessen Mitglieder nun nahe beisammen wohnen, konnte oft zusammenkommen und vieles erledigen, ohne jedesmal den Vorstand einzuberufen.

Der Mitgliederbestand zeigt ein fortwährendes langsames Wachstum. Von 44 sind wir innerhalb Jahresfrist auf 78 Mitglieder gestiegen. Besonders erfreulich ist, daß wir keine Mitglieder verloren

haben. Denn die zwei Austritte, die zu verzeichnen sind, können nicht als Verluste angesehen werden; erfolgte doch der eine wegen Uebersiedlung ins Ausland, der andere — weil wir nicht deutsch genug sind. Beide Herren sind somit der Sache erhalten geblieben.

Im verflossenen Jahr ist unser Verein an die Öffentlichkeit getreten und bekannt geworden. Zwei Dinge haben dazu besonders beigetragen. Vor allem unser erster Jahresbericht. Seine maßvolle Sprache und die drei wertvollen Beilagen haben allerwärts den besten Eindruck gemacht. Insbesondere scheint der echt schweizerische Standpunkt, auf den sich Dr. Stickelberger in seiner Behandlung des Verhältnisses zwischen Mundart und Schriftsprache gestellt hat, unserm Verein die Zuneigung vieler erworben zu haben. Wir haben diese Arbeit als besondere Flugschrift in tausend Stück an schweizerische Lehrer, Pfarrer, Gemeindeschreiber, Zeitungen usw. verschickt, und sie ist überall gut aufgenommen worden.

Das zweite, was unsern Namen bekannt gemacht hat, waren die heftigen Angriffe eines Teils der welschen Presse, besonders im Herbst 1906 bei dem sogenannten Schulstreit im Jura, auf den wir noch werden zurückkommen müssen. Es wäre völlig verlorene Mühe und auch durchaus unerfreulich, auf alle diese Angriffe einzugehen. Jedermann weiß, wie gewissenlos und oberflächlich die schnell arbeitende Tagespresse im Berichten wie im Urteilen oft verfährt. Ein Blatt macht einen Witz oder eine ironische Bemerkung, ein anderes nimmt den Spaß für bare Münze und macht eine ernsthafte Behauptung daraus; dann drucken hundert Zeitungen die Unwahrheit ab. Eine größere Zeitung der deutschen Schweiz warnt uns mit Stirnrunzeln vor der Entfesselung eines Sprachenstreites und stellt dabei, weil sie von unsren Sätzen, Grundsätzen, Ansichten und von unsrer Tätigkeit keine Ahnung hat, die haltlosesten Behauptungen auf. Drei Tage später bringt sie eine von uns eingesandte Berichtigung, aber nach Wochen noch liest man trotz dieser Berichtigung in welschen Blättern: „la , journal très influent de la Suisse allemande, condamne nettement les menées pangermanistes du Deutschschweizerischer Sprachverein.“ So bilden sich Sagen. Die erwähnte deutsch-schweizerische Zeitung hat uns auch zum Vorwurf gemacht, wir hätten zu sehr gezögert, unwahre Meldungen über unsern Verein zu widerufen. Zu unserer Rechtfertigung diene, daß es doch vor allem Pflicht des Anklägers ist, sich über die Richtigkeit verdächtiger Berichte zu erkundigen; wir geben jegliche Auskunft gerne. Sodann wird man uns kaum zumuten, all die Verdrehungen und Schauermähren zu berichtigen, die namentlich von Bern aus durch einige sensationslüsterne

und hecherische Berichterstatter in unaufhörlicher Reihenfolge über unsern Verein und über deutsche Sachen überhaupt gewissen welschen und Pariser Zeitungen zugestellt werden. Wir würden dazu einen besondern Schreiber brauchen, und einen solchen können wir nicht anstellen. Uebrigens sind nur drei oder vier deutschschweizerische Zeitungen irre geführt worden, die übrigen haben den falschen Nachrichten sofort misstraut. Ja, sie sind sogar über alles Erwarten größtenteils von sich aus für die Verteidigung des bedrohten Rechts mannhaft eingetreten. Auch hervorragende Mitglieder des Berner Grossen Rats haben den unschweizerischen St. Immer-Beschluß verurteilt; unsre Anschauung stand und steht somit keineswegs vereinzelt da. Schon das Jahr hindurch hat die deutschschweizerische Presse manch gute Mitteilung gebracht, so über das bemerkenswerte und erfolgreiche Ringen der Oberwalliser, in ihrer kantonalen Verwaltung der deutschen Sprache dieselbe Behandlung zu sichern wie der französischen.

Auch an guten Räten hat es nicht gefehlt, aber wenn wir sie alle befolgen wollten, dürften wir nichts mehr unternehmen. Denn treten wir gegen die Fremdwörter auf, so antwortet man uns: wir sollten das lassen und lieber für die Erhaltung der Mundarten arbeiten. Tun wir etwas in diesem Sinne, so sagt man uns, das sei völlig nutzlos, dagegen sollte die Kenntnis der deutschen Schriftsprache gefördert werden. Treten wir für diese ein, so wird uns vorgeworfen, dadurch werde eine wertvolle Grenze zwischen unsrem Vaterland und dem großen Nachbarreich verwischt. Ein deutschschweizerisches Blatt gibt uns den Rat, nur dem überhandnehmenden Welschtum und der Französelei entgegen zu treten und alles andere zu lassen. Die welschen Zeitungen dagegen finden alle, wir sollten die Mundarten bekämpfen und die Fremdwörter ausrotten. Es ist bezeichnend und höchst wichtig, daß gerade von welscher Seite immer wieder tadelnd und spöttend auf das Häßliche des Fremdwörterunwesens in unsrer Schriftsprache hingewiesen wird, während unsre deutschen Landsleute beständig behaupten, die Fremdwörter müßten wir aus Freundschaft für die welschen Mitgenossen behalten. Als ob es den Waadtländern den geringsten Nutzen brächte, wenn wir unsre deutsche Sprache verhunzen.

All diesen Ratschlägen gegenüber bleiben wir bei unseren Grundsätzen, die ebenso bestimmt wie weitherzig in den Satzungen des Vereins ausgesprochen sind. Wir arbeiten für den Schutz und für die Pflege der deutschen Sprache in der Schweiz. Deutsche Sprache ist unsre heimische Mundart, deutsche Sprache ist aber auch die gemeindeutsche Schriftsprache, die Sprache der Dichter und Denker

mit denen wir von Jugend auf Geistesgemeinschaft gepflegt haben: Goethe, Schiller, Lessing, Gotthelf und Keller. In der Liebe zur Mundart sind wir alle einig, ist sie doch der eigentliche Träger und der Ausdruck unseres alemannischen Volkstums; ihr Wert für die Sprachforschung, ihr Reichtum und ihre wortbildende Kraft werden auch unter unsren Schulmännern noch lange nicht genügend gewürdigt. Ob aber die Mundart eine Zukunft habe, und ob es sich deshalb lohne, sie noch besonders zu pflegen in einer Zeit, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse, der Verkehr und die Bevölkerungsbewegungen an ihrem Mark zu nagen beginnen, darüber kann man geteilter Meinung sein und dennoch in unsrem Verein zusammen arbeiten.

Es ist nicht unsre Schuld, wenn wir vorläufig für die Pflege der deutschen Sprache weniger tun können als für ihren Schutz. Die Verhältnisse brachten es so mit sich. Immerhin haben wir uns das eine wie das andere angelegen sein lassen.

Zur Pflege unsrer Muttersprache gehört es, wenn unsere Mitglieder die Zeitschrift des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins erhalten. Nicht alle werden alles lesen, was darin steht, aber die treffliche Zeitschrift bietet doch in jeder Nummer manches, was einen gebildeten Deutschschweizer fesseln muß. Sie ist mit so viel Verständnis auch für unsre heimatlichen Sprachverhältnisse und Mundarten geschrieben, daß wir den mit ihrer Leitung betrauten Männern sehr dankbar dafür sind. Auch hat der Allgemeine Deutsche Sprachverein auf unsre Bitte hin die Versendung der Zeitschrift an unsre Mitglieder selbst übernommen und das zu sehr günstigen Bedingungen: wir bezahlen nur 3 Franken 50 Rappen für jedes Mitglied.

Die Zeitschrift würde für uns noch wertvoller, wenn sich die sprachwissenschaftlich Gebildeten unter unsren Mitgliedern die Mitarbeit an ihr angelegen sein ließen.

Die schon eingangs erwähnte Herausgabe und Verbreitung der Stuckelberger'schen Arbeit über Schweizerdeutsch und Schriftdeutsch dürfen wir ebenfalls zur Pflege der deutschen Sprache rechnen.

Versuchsweise hat der Vorstand im Frühjahr ein Flugblatt herausgegeben, das eine Reihe von Mitteilungen über sprachliche Dinge enthielt. Es hat Anerkennung gefunden, doch müssen wir der hohen Kosten wegen vorderhand auf weitere derartige Unternehmungen verzichten. Der Zweck dieses Flugblattes war, unter unsren Mitgliedern und in der Presse, die zum Abdruck aufgefordert wurde, die Aufmerksamkeit auf sprachliche Fragen (Stil, Mundarten, Verbreitung unsrer Muttersprache usw.) zu lenken.

Der Allgemeine Deutsche Sprachverein gab im Laufe des Jahres einen Mahnruf an den deutschen Kaufmann heraus, der die Sprachverderbnis im Handelsstand bekämpfen soll. Der genannte Verein stellte uns auf unser Verlangen bereitwillig 330 Stück der 14 Seiten starken Schrift zur Verfügung, so daß sie nicht nur an unsre Mitglieder, sondern auch an die schweizerischen Kaufmännischen Vereine und an viele bekanntere Kaufleute verschickt werden konnte. Wir hoffen dadurch für die Hebung des Sprachgefühls im Handelsstände einiges getan zu haben. Erfreulich ist, daß daraufhin der Kaufmännische Verein in Arbon als solcher Mitglied unsres Vereins geworden ist.

Um Pflege und zugleich um Schutzarbeit handelt es sich bei dem Schreiben, das an etwa 150 deutschschweizerische Verleger von Ansichtskarten versandt worden ist. Obgleich unsre Mitglieder es bereits kennen, bringen wir es hier nochmals zum Abdruck:

Hochgeehrter Herr! Wohl die irrite Meinung, daß Französisch vornehmer sei als Deutsch, hat dazu geführt, daß man nicht selten Ansichtskarten aus deutschen Gegenden unseres Landes mit nur französischer Ortsbezeichnung und französischen Erläuterungen versieht.

Abgesehen davon, daß solche Aufschriften von einer Menge Leute nicht verstanden werden und schon deswegen im Handel unborteilhaft sind, verlegen sie das Sprachgefühl auch derjenigen Deutschen, die französisch können. Schweizer wie Ausländer kränkt es, daß ihre deutsche Muttersprache einfach übergangen wird. Vergißt man denn ganz, daß die einheimische Bevölkerung wohl die beste Kenntnshaft ist, und daß die Fremden deutscher Zunge nach zuverlässigen Zählungen weitaus die Mehrheit der Besucher unseres Landes bilden? Auch die andern Reisenden verstehen meist etwas deutsch und betrachten überhaupt Aufschriften in der Landessprache als etwas Selbstverständliches.

Erlauben Sie darum unserm Verein, der sich den Schutz und die Pflege unserer Muttersprache zur Aufgabe gemacht hat, Ihnen folgende Wünsche vorzubringen:

1. Sie möchten freundlich bei Ihren Untergebenen, Druckern usw. darauf hinwirken, daß man künftig auf den Ansichtskarten für deutsche Orte entweder nur deutsche Aufschriften anbringe, oder aber doch deutsche an erster Stelle. Wichtig ist das besonders für diejenigen Gegenden, die sowieso der Verwelschung ausgesetzt sind (Deutschfreiburg und Deutschwallis).

2. Daß für alle Bemerkungen auf den Postkarten ein reines und schönes Deutsch gewählt werde, z. B. kurz für Mitteilungen

statt des schwerfälligen Reserviert für die Korrespondenz. — Das M, als Einleitung von Monsieur oder Madame, ist un-
dienlich und darum wegzulassen.

Da wir wohl wissen, daß mancher Fehler, manche Geschmack-
losigkeit von Angestellten herrührt oder unbemerkt geschieht, so sind
wir überzeugt, daß wir unsre Bitte bloß zu äußern brauchen, um
Ihre bereitwillige Unterstützung zu finden. Des Hinweises, daß auch
die Verleger der französischen Schweiz ihre Erzeugnisse ausnahmslos
in ihrer Muttersprache herausgeben, bedarf es wohl kaum mehr.

Für Ihre Gefälligkeit sichern wir Ihnen zum voraus unsere
Anerkennung zu.

Einige eingelaufene Antworten bezeugen, daß diese Arbeit nicht
ganz umsonst war.

Im Ganzen aber müssen wir bedauernd aussprechen, daß für
Richtigkeit, Schönheit, Reinheit und Ebenmaß im Gebrauch unsrer
Schriftsprache wenig Sinn vorhanden zu sein scheint. Man wird als
Grund dafür die Stärke, die Wucht geltend machen können, mit der
heute die wirtschaftlichen Fragen auf alle Schichten der Gesellschaft
drücken. Insofern sind unsre Bestrebungen freilich nicht zeitgemäß.
Um so mehr aber fühlen wir die Pflicht, dieses ideale Gebiet zu pflegen,
das gegenwärtig wenig Beachtung findet, das aber auch nicht gänzlich
verwüstet werden darf, wenn eine bessere Zeit es wieder mit Erfolg
bebauen soll. Sieht man, wie es einigen begeisterten Männern ge-
lungen ist, den Sinn für Kunst in allen Volksklassen zu heben, und
wie rasch die Bewegung für Heimatschutz Anklang gefunden hat, so
dürfen wir hoffen, daß auch unser Same auf fruchtbaren Boden fallen
wird; ist doch auch unsre Sache eine Art Heimatschutz.

Die Pflege der Sprache ist allerdings scheinbar etwas Aristo-
kratisches und leuchtet deshalb vielleicht unsrer demokratischen Zeit
nicht so sehr ein. Gewiß: hier müssen die Gebildeten vorangehen, ja,
wir können selbst die stolze, unvolkstümliche Wissenschaft dabei nicht
entbehren. Aber es steht denn doch mit unserem Volke nicht so, daß
es nur für politisches Treiben und für wirtschaftliche Erfolge Sinn
hätte. Im Gegenteil, gerade in der Arbeiterbewegung bricht immer
öfter das Streben nach mehr Licht hindurch, und wir brauchen durchaus
nicht zu denken, daß die wirtschaftlichen Kämpfe den Sinn für das
Bessere im Volk ertöten müssen, wie oft auch die Gegenwart solche
trübe Gedanken wachruft.

Unser größeres Arbeitsfeld war, wie schon erwähnt, im ver-
gangenen Jahre der Schutz der Muttersprache. Da gilt es zweierlei

zu erreichen. Erstens müssen wir durch Einwirkung auf die Behörden und auf einflußreiche Körperschaften gewerblicher oder anderer Art auf eine gerechte und würdige Stellung unserer Sprache dringen, namentlich dem so sehr begünstigten Französisch gegenüber, und zweitens müssen wir unsren deutschen Landsleuten dasselbe Recht auf Erhaltung ihres Volktums sichern helfen, das die sich auf deutschem Sprachboden ansiedelnden Welschen fordern.

Bei der Einwirkung auf die Behörden handelt es sich um Kleinarbeit. Es gilt da, alte und längst bekannte Mißbräuche der eidgenössischen und andrer Verwaltungen zu bekämpfen. Zu den eidgenössischen Verwaltungskreisen Lausanne und Neuenburg gehören Teile des deutschen Sprachgebiets. Diese werden von den Beamten mit Vorliebe als französisches Gebiet betrachtet und behandelt. Wohl dieser Umstand hat ein französisches Blatt zur Anklage veranlaßt, man beabsichtige nunmehr auch die Germanisation der Oberwalliser! Es bedurfte jahrelanger Kämpfe und Preßfehden, bis die Jurafimmonbahn sich dazu bequemte, die 30,000 Einwohner des deutschen Oberwallis als Deutsche zu behandeln. Auch jetzt ist dort noch lange nicht alles in Ordnung. Noch jetzt erhält man auf deutschem Boden von manchen Beamten französische Antwort. Wenn etwas derartiges polnischen Bauern oder tschechischen Soldaten widerfährt, dann erheben gewisse schweizerische Zeitungen großes Entrüstungsgeschrei: aber Walliser Bauern, deutsche Bauern, Landsleute! — wer möchte davon viel Aufhebens machen! Und doch beschweren sich über diese Mißbräuche die beiden deutschen Walliser Blätter ohne Aufhören.

Zur Ausführung eines letztjährigen Vereinsbeschlusses haben wir denn im März d. J. dem Bundesrate auch eine neue Eingabe eingereicht, in der wir auf die verschiedenartige Behandlung der deutschen und der französischen Sprache in den beiden doppelsprachigen Kreisen I und II der Bundesbahnen sowohl in öffentlichen Anzeigen als in der Stationsbenennung auf den Wandfahrplänen und im Offiziellen Schweizerischen Kursbuch hinwiesen und um eine gleichmäßige Berücksichtigung der beiden Sprachen batzen, wenigstens soweit sie nach der vorhandenen mangelhaften „Amtlichen Schreibweise schweizerischer Ortschaften“ möglich wäre. Auf diese Eingabe ist uns am Schluß d. J. mit längerem Schreiben folgender Beschuß des Bundesrates zugegangen, den wir gekürzt wiedergeben:

Die Doppelnamen sind auf das allernötigste zu beschränken; Benennungen wie Peterlingen, Milden, Iserten, Rennendorf sollen daher vermieden werden. Andernfalls hätte die französische Bevölkerung auch ein Unrecht auf Berthoud, Soleure, Schaffhouse. Es ist

überhaupt Sache der Kantonsregierungen, nach Anhörung der Gemeinden in dieser Sache Stellung zu nehmen. Im übrigen will die Generaldirektion der S.B.B. dafür sorgen, daß den als berechtigt erkannten Begehren der deutsch sprechenden Bevölkerung im Gebiete des Kreises I Rechnung getragen werde.

Die amtliche Schreibweise schweizerischer Ortschaften, die nach dem Vorschlag der Kantonsregierungen festgesetzt wurde, hat nicht den Zweck, der Zusammensetzung der Bevölkerung in sprachlicher Beziehung gerecht zu werden, sondern sie will einfach der verschiedenen Schreibweise desselben Ortsnamens vorbeugen.

Wir danken auch hier dem Bundesrat für seine Auskunft, obwohl sie wahrscheinlich nicht nur bei unsren Mitgliedern, sondern auch bei andern Schweizerbürgern Zweifel an der gleichen Behandlung unsrer Landessprachen zurückläßt. Die Kantone mögen zuletzt in kantonalen Angelegenheiten verfahren, wie es ihnen beliebt, in eidgenössischen sollte aber u. G. der Bund dafür besorgt sein, daß die durch die Verfassung gewährleistete Gleichberechtigung der Landessprachen auch beobachtet werde. Um nur ein Beispiel anzuführen: es mutet seltsam an, daß Rennendorf mit 898 Deutschen und 841 Welschen amtlich seinen deutschen Namen nicht tragen darf und Courrendlin heißen muß, während Raron mit 552 Deutschen und 1 Welschen und Salgesch mit 664 Deutschen und 7 Welschen auf allen Fahrplänen usw. mit Raron (Rarogne) und Salgesch (Salquenen) zu bezeichnen sind. Gewiß würden unsre eidgenössischen Behörden gerechter verfahren, wenn sie die Ortsnamen von sich aus nach gewissen für die ganze Schweiz geltenden Grundsätzen mit Rücksicht auf die sprachliche Zusammensetzung der schweizerischen Ortsbevölkerung bestimmten. Damit fiele jeder Sprachenzwist von vornherein dahin, und die Gemeindenamen wären nicht der Begehrlichkeit der Volksstämme ausgeliefert.

In Ausführung eines weiteren Vereinsbeschlusses vom letzten Jahr haben wir den Bundesrat auch angefragt, ob es wahr sei, daß zwei welche Herren die Lütticher Versammlung zur Ausbreitung und Pflege (*l'expansion et la culture*) der französischen Sprache als Vertreter der Eidgenossenschaft besucht hätten. Die Antwort lautete bejahend. Wir finden es sonderbar, daß unser Bundesrat eine solche Versammlung beschickt, auf der sich die belgische Regierung — im eignen Lande — nicht vertreten ließ; sonderbar vor allem auch, nachdem wir aus dem Bericht der Lütticher Versammlung gesehen haben, daß neben allerlei hübschen wissenschaftlichen Arbeiten jene Versammlung sich hauptsächlich mit der Frage befaßt hat: wie können wir unsre Sprache auf Kosten

der deutschen ausbreiten? Wir dürfen wohl erwarten, daß sich unsre oberste Landesbehörde, jetzt wo die Art und der Zweck der Lützlicher Versammlung bekannt geworden sind, nicht mehr verleiten lassen werde, derartige Bestrebungen zu unterstützen.

Ein anderer Vereinsbeschuß hatte dem geschäftsführenden Ausschuß den Auftrag gegeben, sich zu erkundigen, ob bei der Ausarbeitung des amtlichen schweizerischen Schulatlasses die deutsche Namengebung zu ihrem Recht kommen werde. Die Verhandlungen wurden auf den Rat eines in politischen Dingen erfahrenen Mannes mit dem Bearbeiter der deutschen Ausgabe des Kartenwerks selbst geführt, nicht mit einer Behörde, und ergaben, daß für alle schweizerischen Orte die deutschen Namen gebraucht werden sollen, sofern diese „noch gebräuchlich“ seien. Wiewohl nun über die Gebräuchlichkeit deutscher Namen wie Bivis, Pfauen und Peterlingen in verschiedenen Landesgegenden verschiedene Anschauungen geäußert werden, vertrauten wir dem, wie wir sehen konnten, unzweifelhaft vorhandenen guten Willen der Beteiligten und begnügten uns mit den abgegebenen Erklärungen. Der auf diesem Gebiete noch herrschenden Unklarheit wird das schon erwähnte Deutsche Ortsnamenbüchlein für die Westschweiz ein Ende machen. Unser Verein wird es seinen Mitgliedern als zweite Flugschrift zur Verfügung stellen, im übrigen aber als eine persönliche Unternehmung der Herausgeber ansehen, für die der Verein keine Verantwortlichkeit übernimmt.

Am 11. April 1906 sandten wir an das Eidgenössische Post- und Eisenbahndepartement in Bern ein Schreiben folgenden Inhalts:

Hochverehrter Herr Bundesrat!

Eines unsererer kaufmännischen Mitglieder schreibt uns:

„Gestatten Sie mir, Ihre Gefälligkeit in Anspruch zu nehmen. Wollte ich da kürzlich einem Geschäftsfreunde in Agram etwas dringendes drahten und schickte in aller Eile einen Angestellten mit der Depesche aufs Telegraphenbureau. Zu meinem Erstaunen fand ich nach darauffolgender zweistündiger Abwesenheit dasselbe Telegramm wieder auf meinem Pult: es konnte nämlich nicht aufgegeben werden, weil im amtlichen Verzeichnis des Internationalen Bureaus der Telegraphenverwaltung in Bern der Name Agram unauffindbar war. Vergeblich hatten bis zu meiner Rückkehr verschiedene Angestellte hin- und hergeraten, wieso das komme, denn Agram, die Hauptstadt Kroatiens, mit etwa 50,000 Einwohnern, mußte doch ein Telegraphenamt besitzen, umso mehr als die betreffende Firma auf ihrem Briefkopf selbst

angab: Telegramm-Adresse: X, Agram. Das Rätsel war für mich schneller gelöst. Da ich schon mehrmals in Ungarn gewesen, so fiel mir ein, daß von der dortigen Regierung amtlich nur die madjarischen Namen zugelassen werden, in Slavonien und Kroatien, die sich einer gewissen Selbstverwaltung erfreuen, außerdem die kroatischen Bezeichnungen. Ich schickte also nochmals jemand aufs Telegraphenamt, ließ anfragen, ob nicht Zágráb oder Zagreb d. h. die madjarische oder kroatische Benennung für Agram im amtlichen Verzeichnis stehe, und siehe da, es war so. Das Telegramm ging endlich ab. Aus Neugier ließ ich fragen, ob sich auch Klausenburg, Neusatz, Semlin, Preßburg nicht im Verzeichnis vorfinden; diese Orte fehlten ebenfalls. Wer dahin telegraphieren will, muß schon wissen, daß sie madjarisch Kolozsvár, Ujvidek, Zimony und Pozsony heißen. Das ist sehr hemmend und verdrießlich, weil man in Handel und Verkehr, selbst in nicht-deutschen Ländern nirgends die madjarischen Benennungen braucht. Jeder Italiener, jeder Franzose, der mit Ungarn verkehrt, weiß, was Agram, Dedenburg, Preßburg, Hermannstadt ist; Zágráb, Sopron, Pozsony und Nagy Szében sind ihm wie uns aber so gut wie unbekannte, schwer erinnerliche, und wegen der Unbekantheit der madjarischen Sprache, oft kaum aussprechbare Dinge.

Sollte nun nicht unser Verein dafür besorgt sein, daß allgemein übliche, europäische Namen wie Agram, Preßburg, Stuhlweißenburg Großwardein usw. ins amtliche Verzeichnis gelangen? Die ganze Geschäftswelt würde ihm dafür dankbar sein. Denken Sie nur, was geschehen wäre, wenn ich unverzüglich nach dem Niederschreiben des Telegramms etwa nach Salzburg oder Wien hätte abreisen müssen, um dort den telegraphisch herbeigerufenen Freund aus Agram zu treffen. Nie hätte ich mir ja träumen lassen, daß ein Verzeichnis der Telegraphenämter solche Lücken aufweise, umsoweniger, als ich mich aus meiner Welschlandzeit erinnere, stets Telegramme nach Aix-la-Chapelle und Cologne aufs Amt getragen zu haben, ohne daß je Anstand daran genommen und etwa der deutsche Name für diese Städte verlangt wurde. Tatsächlich finden sich diese französischen Benennungen auch im Verzeichnis vor.

Wissen möchte ich noch, ob Namen wie Algram, Kronstadt, Raab denn auch von reichsdeutschen und österreichischen Telegraphenämtern nicht zugelassen werden. Das scheint mir unmöglich, denn sonst würden ungarische Geschäftshäuser kaum diese Telegrameadresse angeben.

Unser Verein hat diese Eingabe seines Mitgliedes geprüft und findet sie vollauf berechtigt. Es scheint uns, daß es nicht nur ein

Gebot der Billigkeit, sondern vor allem der Bequemlichkeit für die schweizerische Geschäftswelt sei, wenn im amtlichen Verzeichnis der Telegraphenämter all die wichtigeren ungarischen Städtenamen auch so aufgeführt werden, wie sie nicht nur bei der deutschen Bevölkerung Ungarns, der Stütze unseres dortigen Handels üblich sind, sondern auch in den Kultursprachen Europas allgemein gebraucht werden.

Wir sind daher so frei, das Gesuch Ihrer geneigten Berücksichtigung und Beantwortung zu empfehlen."

Das Departement antwortete darauf, nachdem es sich an das Internationale Bureau der Telegraphenverwaltungen gewendet hatte, daß im Jahr 1899 die ungarische Regierung dem genannten Internationalen Amt ein Verzeichnis von 79 deutschen Ortsnamen zugestellt habe mit dem Begehr, diese im großen Verzeichnis der Telegraphenämter, das auf der ganzen Erde gebraucht wird, zu streichen. Das geschah dann auch, weil das Internationale Amt nicht das Recht hat, Ortsnamen ins Verzeichnis aufzunehmen, die nicht von den zuständigen Landesregierungen mitgeteilt werden. Ohne Einwilligung der madjarischen Regierung durfte also die Internationale Telegraphenverwaltung nichts ändern.

Wir wollten aber doch die Sache weiter verfolgen. Wir konnten nicht glauben, daß in Österreich und im deutschen Reich ein Telegramm nach Preßburg nicht angenommen würde und erkundigten uns darnach. Die Folge war, daß die schweizerische Telegraphendirektion uns nach Empfang der gewünschten Auskunft im Juni mitteilen konnte, sie habe den Telegraphenbureaux ein Verzeichnis der deutschen Namen ungarischer Ortschaften zustellen lassen und die Bureaux angewiesen, im internationalen Verzeichnis der Telegraphenämter an den entsprechenden Stellen handschriftlich die deutschen Bezeichnungen nachzutragen und die mit deutschen Ortsnamen aufgegebenen Telegramme nach Ungarn unbeanstandet anzunehmen. Auf dieselbe Weise hatte man die Frage auch in andern Ländern gelöst.

Wir haben über diese Sache hier ausführlich berichtet, um zu zeigen, daß unser Verein auch der Allgemeinheit, d. h. der gesamten schweizerischen Geschäftswelt Dienste leistet. Wenn fünfzig der Genfer Kaufmann nach Presbourg telegraphieren kann, ohne in Verlegenheit zu kommen, so hat er es dem Deutschschweizerischen Sprachverein zu danken.

Auch mit Privatunternehmungen sind wir in Verbindung getreten, um der deutschen Sprache die nötige Achtung zu verschaffen. Der Fahrplan von Bürgli ist unsern Bestrebungen (deutsche Stationsnamen) nach Möglichkeit entgegengekommen, und selbstver-

ständlich haben wir uns eine wirksame Empfehlung dieses auch sonst trefflichen Kursbuches angelegen sein lassen.

Das in Handelskreisen viel gebrauchte Adressbuch von Hans Schwarz, herausgegeben vom „Industrieverlag, A.-G.“ in Zürich, litt bisher an gewissen Mängeln sprachlicher Art. Als eine Neubearbeitung des Werkes nötig wurde, boten wir dem Herausgeber an, ihm bei der Beseitigung dieser Uebelstände behilflich zu sein. Das Ergebnis wird sein, daß in der neuen Auflage für 10 deutsche Orte (z. B. Murten), die bisher irrtümlich als französisches Sprachgebiet behandelt wurden, der Wortlaut deutsch ist, bei 12 gemischten Orten ein doppelsprachiger Text den bisher französischen ersetzt, und 54 früher bisher nur in französischer Form gegebene Ortsnamen durch Hinzufügung des deutschen Namens ergänzt werden. Wenn man bedenkt, daß das Handelsadressbuch von Schwarz immer noch dreisprachig ist, die ähnlichen welschen Bücher dagegen nur französisch sind, so wird man finden, daß die von uns erstrebten Änderungen der strengsten Gerechtigkeit entsprechen.

Der Eigentümer eines bekannten Heilbades in der deutschen Schweiz hatte an deutsch-schweizerische Aerzte eine Geschäftsempfehlung in französischer Sprache geschickt. Wir traten deshalb in Briefwechsel mit ihm, und wenn wir ihn auch nicht in allen Dingen von der Richtigkeit unserer Anschaиванияen überzeugen konnten, so freuten wir uns doch darüber, daß sich ein schweizerischer Gasthofbesitzer in der arbeitsreichsten Jahreszeit die Mühe nahm, mit uns über Geschäftssprache und Pflichten gegen die Muttersprache eingehend und mit fühlbarer Wärme zu verhandeln.

Besonders angenehm war es uns auch zu sehen, daß unser Verein bereits anfängt, als Erkundigungsstelle Dienste zu leisten. Der schweizerische Vertreter einer der ersten Zeitungen Europas bat uns vor einiger Zeit um die nötigen Schriftstücke zur Behandlung der jurassischen Sprachenfrage. Ein Nachkomme deutscher Ansiedler in Südrussland ersuchte uns um Mitteilungen über unsern Verein, um einen ähnlichen in seiner Heimat zu gründen. Die Leitung des welsch-schweizerischen Mundartenwörterbuchs (Glossaire des patois de la Suisse romande) fand in unserm Vereinsarchiv ausgiebigen Stoff für ihre in Vorbereitung begriffene Bibliographie, die auch das gegenseitige Verhältnis der Landessprachen in der Westschweiz umfassen wird. Ferner wünscht eine hohe schweizerische Behörde gegen Bezahlung alle unsre Veröffentlichungen, frühere und zukünftige, zu erhalten.

Wir waren so mitten drin in friedlicher und fruchtbringender Arbeit, als Ende August in St. Immer die Jahresversammlung des

welschen Lehrervereins (société pédagogique) einen Beschuß faßte, der weithin das peinlichste Aufsehen erregte. Der Schulinspektor des Amtes Courtelary hielt dort einen Vortrag über die Zweisprachigkeit im Jura und stellte einige Leitsätze auf, die sich zwar entschieden gegen die Gründung deutscher Schulen im welschen Jura aussprachen, aber in einem Anhängsel doch die wenigen dort schon bestehenden deutschen Schulen vor dem Todesurteil retteten. Das Anhängsel lautete: „Ausgenommen da, wo die deutschen Familien eine fast separate Gemeinde bilden, sollen keine deutschen Schulen eröffnet werden.“ Nun war aber aus Neuenburg ein bekannter Lehrer der Erdkunde erschienen, der die Versammlung vor der „drohenden Gefahr der Germanisation“ warnte, und dem es gelang, die Lehrer zur Annahme der Leitsätze des Schulinspektors mit Streichung der angeführten Milderungsklausel zu bewegen. Ja mehr noch: die Versammlung ließ sich zu der Erklärung herbei: im welschen Berner Jura haben deutsche Schulen keine Daseinsberechtigung.

Man tätte gewiß Unrecht, wenn man dieses Vorgehen den Lehrern zu sehr verübelte. Sie waren nicht vorbereitet auf die Behandlung des Gegenstandes nach seinem ganzen Umfang. Niemand war da, um diese einseitige und engherzige Darstellung zu berichtigen; der deutsche Standpunkt kam gar nicht zum Wort, und die Bevölkerungszahlen waren sicherlich den Anwesenden nicht gerade gegenwärtig.

Die deutschschweizerische Presse schwieg nicht. Die Blätter des Kantons Bern sochteten den Beschuß von St. Immer alsbald an, und es wurde auch den Einsichtigeren unter den welschen Gegnern klar, daß man eine Torheit begangen hatte. Un peu brutal, etwas roh, nannten selbst namhafte welsche Führer den Beschuß von St. Immer. Manch einer hat sich vielleicht doch still gefragt: Was würden wir Welschen dazu sagen, wenn eine deutschschweizerische Lehrerversammlung beschloß, in Biel und Vororten haben französische Schulen keine Daseinsberechtigung mehr?

In die entstehende Pressefahde wurde sogleich als Sündenbock unser Verein hineingezogen, und ehe wir es uns versahen, stand sein Name mitten in einem Streite, den wir nicht gesucht hatten. Merkwürdig! Gerade in der allerdings auch uns wichtig scheinenden Schulfrage im Jura hatten wir ein gutes Gewissen, hatten wir doch schon in unsrem letzten Jahresbericht genau auseinander gesetzt, wie unser Verein nach Prüfung der Angelegenheit zu der Auseinandersetzung gekommen sei, die Forderung deutscher Schulen sei am besten den deutschen Jurassieren selbst zu überlassen. Seither hatten wir uns auch nicht mehr damit befaßt. Sollte etwa das eine oder andre unsrer Mit-

glieder persönlich die Schaffung deutschjurassischer Schulen befürwortet haben, so geschah es ohne Auftrag des Vereins und unter Ausnutzung eines Erörterungsrechts, das kein Schweizer einem andern bestreiten wird.

Was hatte der Deutschschweizerische Sprachverein für die Förderung der deutschen Sprache im Jura getan? Nichts, was nicht vor jedermann verantwortet werden könnte. Auf unsre Anregung hat ein Vereinsmitglied einige der auffallendsten Ergebnisse der letzten Volkszählung persönlich nachgeprüft und zwar im Einverständnis mit dem eidg. statistischen Bureau und mit Hilfe der welschen Gemeindebeamten selbst. Das Ergebnis wurde in der Neuen Zürcher Zeitung veröffentlicht und damit der amtlichen Statistik und den künftigen Volkszählern ein wertvoller Dienst erwiesen. Weiter haben wir deutschen Kreisen im Jura etwas deutschen Lesestoff zur Verfügung gestellt, nämlich die bekannten Hefte des Vereins zur Verbreitung guter Schriften. Dann allerdings haben einige unserer Vorstandsmitglieder den Jura bereist und dort mit verschiedenen Personen die Sprachenfrage verhandelt; ferner sind schriftliche Erkundigungen eingezogen worden, um die Wünsche und Meinungen der Deutschjurassier kennen zu lernen. Das alles ist doch wohl in der Schweiz erlaubt, es wurde auch frei und offen getrieben und so wenig versteckt, daß genug welsche Bewohner des Juras um die Sache wußten, und doch ist uns hernach ein Verbrechen daraus gemacht worden.

Schlimmer noch fand man etwas anderes: es ist nicht unbekannt geblieben, daß einige Mitglieder des Sprachvereins die Frage der deutschen Schulen im Jura in der Presse erörtert hatten und über sprachliche Dinge Aufsätze sogar — jetzt kommt das Aergste! — in einer wissenschaftlichen Zeitschrift des Auslandes veröffentlicht hatten. Wir wurden deswegen etwa zwei Monate lang teils als Verein, teils persönlich in der welschen Presse tüchtig zerzaust. Es zeichneten sich dabei aus: der „Démocrate“ in Delémont, das „Pays“ in Pruntrut als zunächst beteiligte örtliche Blätter, weiterhin aber auch die „Revue“ und die „Gazette de Lausanne“. Leider nahmen es die Herren Zeitungsschreiber mit der Wahrheit nicht sehr genau, fabelten von einer Eingabe unsres Vereins an den bernischen Erziehungsdirektor und von sonst allerlei. Einer ging so weit, die deutsche Einwanderung in der welschen Schweiz als von einem „comité de Berlin“ planmäßig geleitet darzustellen!

Doch wir sind mit dem Ausgang und Ergebnis des Schulstreites zufrieden. Wir haben ihn nicht begonnen und nicht gesucht. Wir waren offensichtlich die Angegriffenen. Die Versammlung in St. Immer

ist gleich viel zu weit gegangen und die welsche Presse zu hochmütig und unsein dreingefahren, was die deutsche Bevölkerung des Kantons Bern reizen mußte.

Aber auch ganz bestimmte Ergebnisse sind erreicht worden. Der Erziehungsdirektor ist im Großen Rat des Kantons Bern angefragt worden, warum man sich der Gründung deutscher Schulen im Jura widerstesse, und der frühere Erziehungsdirektor vertrat zwar mit Entschiedenheit seinen welschen Standpunkt und suchte die deutsche Sprachbewegung herunterzumachen und als Treiberei von drei kantonsfremden Menschen hinzustellen, wobei leider einige unrichtige Aussagen mit unterliefen; aber er mußte erklären, die bestehenden deutschen Schulen im Jura würden von der Regierung nicht angetastet werden. Das ist ein Erfolg unsrer Sache. Denn nicht nur stellte sich die Regierung durch diese Erklärung dem allen deutschen Juraschulen die Daseinsberechtigung absprechenden Beschuß von St. Immer entgegen, sondern es ist damit amtlich verbürgt, daß gewisse Machenschaften gegen die deutschen Juraschulen, die ohnehin schon ein schweres Dasein haben und sich beständig gegen Französierungsgelüste wehren müssen, jetzt ein Ende haben sollen.

Wir unsererseits haben nach dem Vorgefallenen keinen Anlaß mehr, zurückhaltend zu sein. Zwar von unsrem schweizerischen Grundsatz, unter allen Umständen auch dem Gegner Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, soll uns das Geschrei gewisser Kampfhähne nicht abringen. Die öffentliche Meinung soll sehen, daß zwischen unsrem maßvollen Vorgehen und der Rücksichtslosigkeit unsrer Gegner ein Unterschied ist. Aber wir sagen uns: als sich unser Verein um die Gründung deutscher Juraschulen nicht mehr bekümmerte, wurde er trotzdem pangermanistischer Wühlereien angeklagt; wir sezen also nichts aufs Spiel, wenn wir fortan dem Jura vermehrte Aufmerksamkeit schenken, und da ist jede Zurückhaltung durchaus unnötig. Dieser erste Streit hat uns gezeigt, daß der welschen Presse jedes Verständnis für Gegen seitigkeit abgeht, daß es durchaus unmöglich ist, auch nur das geringste Entgegenkommen zu erlangen. Dabei rühmen die Leute, wie schön friedlich es bisher in der Schweiz hergegangen sei. Dieser Friede ist aber an die Bedingung geknüpft, daß die deutsche Mehrheit niemals irgend welche Forderungen aufstelle. Den Welschen ist natürlich wohl bei einer Gleichberechtigung, die darauf hinausläuft, daß die deutschen Mehrheiten den welschen Minderheiten stillschweigend den ersten Platz einräumen, die welschen Mehrheiten aber die deutschen Minderheiten ungehindert als quantité (und qualité!) négligeable behandeln dürfen. Sobald wirkliche Gleichstellung verlangt wird, gibt es Streit.

Hier haben wir nun auf den Vorwurf einzugehen, der uns sogar von deutschen Schweizern gemacht wird: wir seien Störefriede, wir wollten in der Schweiz österreichische Zustände herbeiführen und dem bisherigen idealen Zustand der Eintracht, dem beispiellos schönen Zusammenleben und Zusammenarbeiten verschiedener Volksstämme ein Ende bereiten. Ein angesehener schweizerischer Hochschullehrer schrieb uns vor Jahresfrist, als wir ihn aufforderten, sich uns anzuschließen: „Was den Deutschschweizerischen Sprachverein betrifft, so fühle ich mich so vollständig als Deutscher, daß ich seiner Zeit an dem Worte Bettlers von der Provinz meine Freude hatte. Und jeden Versuch, die Schweiz auf dem Gebiete der Kunst, der Wissenschaft usw. von Deutschland zu trennen, bekämpfe ich lebhaft. Andererseits erscheint mir angesichts der Zustände in Österreich und anderwärts das Verhältnis der Rassen und Sprachen in der Schweiz so erfreulich, daß ich jede Zerstörung der jetzt noch bestehenden Unbefangenheit bedaure Ich begrüße alles, was dazu beiträgt, in den deutschen Schweizern die Empfindung für den Wert und die Schönheit deutscher Sprache und Kultur zu wecken und zu stärken. Ich sehe aber noch nicht klar, ob nicht ein solcher Sprachverein mehr Schaden als Nutzen stiftet. Bin ich von seiner Notwendigkeit und Nützlichkeit besser überzeugt als jetzt, so werde ich mich ihm gerne anschließen.“

Wenn wir dieser Auffassung in den Zeitungen der welschen Schweiz begegnen, so wissen wir, wie das zu verstehen ist. Da sie sich aber auch bei Deutschen findet, wollen wir in einigen Worten darauf eingehen.

Ein Streit, wie er in Österreich ausgebrochen ist, kann in der Schweiz nie entstehen. Bei uns sind die Rechte der Landessprachen durch das Wesen unsres Bundesstaates und durch die Verfassungen des Bundes und der Kantone verbrieft. In Neuenburg, Waadt und Genf ist der Bestand der französischen Sprache gesichert so gut wie der der deutschen in Schaffhausen, Appenzell usw. Eine Änderung wäre nur denkbar, wenn das Volk selbst in einem dieser Kantone eine solche beschloßse. Dazu könnte es ja aber dort nur kommen, wenn die Mehrheit der stimmberechtigten Bürger aus deutschgesinnten Deutschschweizern bestände. Etwas anders liegen die Dinge in den gemischten Kantonen Bern, Freiburg und Wallis. Da ist ein Kampf denkbar. Aber die Verfassungen verbürgen hier der Minderheit ihre Rechte; der Kampf muß also notwendigerweise auf ein ganz bestimmtes Gebiet beschränkt bleiben.

Der Hauptunterschied aber zwischen der Schweiz und Österreich besteht darin, daß unsere deutsche Mehrheit die französische Minder-

heit nicht als minderwertig und in der Kultur zurückgeblieben behandelt, wie die deutschen Österreicher das den slawischen Völkerschaften gegenüber teilweise allerdings mit Recht tun. Der Alemann hat den burgundischen Landsmann stets als ebenbürtig behandelt. Aus diesen und andern Gründen ist der Vergleich zwischen den beiden Ländern durchaus unzulässig.

Ferner antworten wir auf die erhobenen Bedenken: Auch wir wünschen den Frieden; noch höher aber stehen uns denn doch Recht und Gerechtigkeit, und wenn wir den Frieden nur unter der Bedingung haben können, daß wir uns die Haut über die Ohren ziehen lassen, nun, dann ist uns der Kampf lieber. Man tue doch nicht so, als ob jeder Kampf erlaubt sei außer dem Kampf um die Muttersprache! Die Arbeiterklasse wehrt sich für ihre Rechte und kämpft für ihr Emporkommen, die Gewerbetreibenden setzen sich diesen Bestrebungen entgegen und wehren sich für ihre Rechte, die Kirchen und Religionsbekennnisse verteidigen sich gegen jeden Eingriff, gegen jede Unterdrückung oder Zurücksetzung, die Landesgegenden und Kantone treten einander entgegen, wenn es gilt, durch einen Eisenbahnbau den Verkehr auf diese oder jene Linie zu lenken. Ledermann findet, daß die daraus entstehenden Kämpfe zwischen Schweizern zwar zu bedauern seien, aber für unvermeidlich hält man sie deswegen doch, und niemand macht den Beteiligten einen Vorwurf daraus, daß sie sich für ihre Sache wehren. Wenn nun einige deutsche Schweizer ihren Stammesgenossen den Vorschlag machen, sich ihre Sprache und ihr Volkstum zu wahren, so soll das dann plötzlich unsittlich oder unrecht sein? Diese sonderbare Anschauung kann nur geteilt werden von Leuten, die ihre Muttersprache nicht als ein schönes Erbe ihrer Väter ansehen, und wenn diese Anschauung in unserem Volk zur Herrschaft käme, so wären wir u. E. ein verächtlich Volk geworden.

Der Einwand lautet: wenn wir nur Schweizer bleiben, so ist es ja nicht so wichtig, ob wir deutsch oder französisch sprechen. Mit andern Worten: für uns Schweizer hat nur der politische Gedanke, der unser Vaterland zusammenhält, Wert, die Muttersprache nicht. Das ist doch ein Standpunkt, der von Deutschen oder Welschen erst dann geltend gemacht werden dürfte, wenn wir vor die Wahl gestellt wären: Vaterland oder Muttersprache. Aber davon ist ja keine Rede, kein Mensch tastet den Bestand unsres Vaterlandes an, und es wäre wirklich traurig um die Schweiz bestellt, wenn sie alsbald auseinanderzufallen drohte, weil in Delsberg eine deutsche Schule oder in Sitten ein deutscher mächtiger Standesbeamter verlangt wird.

Unsre Muttersprache ist für uns ein hohes Gut und wir sind

der Meinung, daß sie es wert sei, verteidigt zu werden ohne Furcht vor dem bischen Zeitungskrieg, der daraus entstehen kann.

Und nun gehen wir noch auf einige von der welschen Presse gegen uns erhobene Anschuldigungen ein, nicht auf alle die Torheiten, die gesagt worden sind, aber doch auf einige Sätze, die man als das Wahngesilde unsrer Gegner bezeichnen kann.

Wir sind für diese Leute Pangermanisten oder Alldeutsche. Und sobald das Wort ausgesprochen ist, tritt dieselbe Gedankenreihe mit Sicherheit ein: Deutschschweizerischer Sprachverein — Alldeutschthum — Preußentum — deutsches Kaiserthum — Lebensgefahr für die Schweiz, die keinen gefährlicheren Feind hat als eben das Deutsche Reich. Und so kommt denn die Schlußgleichung zu stande, daß aus dem Emmental ins Birstal übersiedelnde Familienväter, die hier weiter bern-deutsch mit ihrer Familie reden möchten und für ihre Kinder einen deutschen Lehrer verlangen, nachdem sie gehört haben, daß man in Biel und Madretsch den zugewanderten welschen Mitgenossen dasselbe Recht ohne den geringsten Widerstand einräumt, nichts anderes sind als Vertreter des Preußentums und des Imperialismus der Hohenzollern, also eine Art Landesverräter.

Schälen wir aus diesem unsinnigen Wahn den psychologisch begreiflichen und mit den Tatsachen wenigstens in einem gewissen, wenn auch entfernten Zusammenhang stehenden Kern heraus, so ist es dieser: wenn ein Berner die Rechte seiner Muttersprache gegen einen Waadtländer verteidigt, so tritt er gegen einen Mitgenossen für ein Gut ein, das er mit einer großen Zahl von Ausländern teilt. Das stimmt so viele unsrer Landsleute bedenklich. In ein noch grelles Licht tritt die Sache, wenn etwa reichsdeutsche Blätter über die Vorgänge berichten und für den deutschen Eidgenossen gegen den welschen Partei ergreifen.

Wir bemerken dazu folgendes: Wir stehen auf Schweizerboden und treten ein für unsr Recht, wenn wir unsre Muttersprache zur Geltung zu bringen suchen. Freuen sich die Berliner darüber, so ist das ihre Sache und für uns kein Vorwurf. Wer behauptet denn von einem schweizerischen Protestant, der Landsleuten gegenüber für sein Bekenntnis eintritt, daß er die Sache der Könige von England und von Preußen vertrete, oder von einem glaubenseifigen Katholiken, er wolle uns an das katholische Oesterreich verkaufen?

Einer unsrer Hauptgegner erwidert: Deutschland ist für uns eine Gefahr, Frankreich nicht. Denn es gibt keine französischen nationalen Vereine, die sich um die Nachbarländer kümmern, während gegen zwanzig deutsche Schutz- und Trußvereine bestehen. Nun, die Fran-

zösen bedürfen freilich solcher Vereine nicht; denn das Franzosenstum wird nirgends auf der Welt verfolgt. Keinem welschen Familienvater, der bisher seine Kinder in eine französische Schule geschickt hat, wird von einer deutschen Lehrerversammlung gesagt: bei uns haben französische Schulen keine Daseinsberechtigung.

Es ist aber gar nicht wahr, daß es keine national-französischen Bestrebungen gebe. Sehen wir von der Alliance française ab, die unser Gegner als sehr harmlos hinstellt, so ist denn doch der Lütticher Kongreß, dem bald ein zweiter in der Schweiz folgen soll, ganz entschieden eine national-französische Unternehmung gewesen. Und was die Pariser Zeitungen betrifft, die sich allerdings wenig ums Ausland kümmern, so gibt es deren immerhin mehrere, die sich von einem Haupthahn des Welschtums in Bern Nachrichten über jeden Vorgang sprach-politischer Art drahten lassen. Der „Temps“ hat neulich sogar einen besondern Berichterstatter in die Schweiz geschickt, um die Sprachenfrage zu erforschen. Sollen wir da auch gleich über Verrat des Vaterlands schreien?

Endlich aber: wir finden, daß sich Frankreich lang genug um die Schweiz gekümmert habe. Wir kennen die Schweizer-Geschichte gut genug, um zu wissen, welch unendlichen Schaden uns Frankreichs „uneigennützige“ Freundschaft gebracht hat. Freilich, das gehört der Vergangenheit an und wir haben jetzt aus guten Gründen Ruhe.

Nun sehen aber dafür manche französische Schweizer eine Gefahr im Norden. Und da machen sie gerne folgenden Trugschluß: wenn in der Schweiz immer mehr deutsch gesprochen wird, so gibt das für das deutsche Reich einen Vorwand zur Eroberung unsres Landes, während unsre Mehrsprachlichkeit uns vor solchen Gelüsten schützt. Das Gegenteil wäre viel richtiger: Wenn der Einfluß unsrer Sprache in der Schweiz zurückgehen sollte und die Reichsdeutschen zuschauen müßten, wie uraltes deutsches Gebiet fortschreitend verwelkt, dann wäre das allenfalls für eine national gesinnte deutsche Reichsregierung ein Vorwand zur Eroberung der Schweiz. Hier wäre das Beispiel, das unsere Gegner mit Vorliebe anführen, sehr am Platze, denn diejenigen Alldeutschen, die es gewagt haben, von einer Wiedervereinigung Österreichs mit dem übrigen Deutschland zu reden, begründen das eben damit, daß sie sagen: das österreichische Deutschstum wird mit dem Slaventum allein nicht fertig und muß zu seiner Rettung mit dem deutschen Reich vereinigt werden.

Doch das sind akademische Fragen, mit denen unser Verein nichts zu tun hat, und die nur böser Wille hervorzerren kann, um uns zu verdächtigen und uns zu schaden.

Vaterlandsgefährlich sind nicht diejenigen, die in Münster oder Delsberg eine deutsche Schule eröffnen möchten, sondern diejenigen, die in der Presse Tag für Tag Regierung und Volk unsres mächtigsten und mit uns stets friedlich und anständig verkehrenden Nachbarstaates verdächtigen, verhöhnen und herausfordern!

Ein immer wiederkehrender Vorwurf ist der, daß wir die französische Schweiz germanisieren wollten. Um ihn zu erheben, dazu gehört nachgerade ein beträchtliches Maß Bosheit. Es ist der französischen Presse unmöglich, gegen uns einigermaßen gerecht zu sein. Aber das dürfen wir doch wohl verlangen, daß man endlich einmal von unsren wiederholten Erklärungen Kenntnis nehme oder uns das Gegenteil beweise: wir wollen nichts für die deutsche Sprache, was der französischen nicht entweder längst zugestanden worden ist oder von uns ohne Zaudern zugestanden werden soll. Wir wollen keinen einzigen Welschen verdeutschen, wir verlangen nur für unsre Deutschen das Recht, deutsch zu bleiben. Es ist absichtliche Entstellung der Tatsachen, wenn welsche Blätter das Gegenteil behaupten.

Die Welschen sagen Guin für Düdingen und finden das selbstverständlich; wenn wir aber Pfauen für Faoug schreiben, so werden wir verhöhnt und beschimpft. Unsre Karl, Wilhelm, Peter werden in der welschen Schweiz ausnahmslos von allen Amtsstellen, Standesämtern, Schulbehörden usw. in Charles, Guillaume, Pierre umgetauft; wenn aber einmal, ein einziges Mal, ein Zürcher Standesamt aus einem Claude einen Claudius macht, so gelangt nicht nur der Betroffene an den Bundesrat (wozu er freilich das Recht hat), sondern die „Gazette de Lausanne“ beschwert sich über die Willkür der Beamten und zieht einen Vergleich mit Elsaß-Lothringen, der wieder einmal das Gruseln vor der Pickelhaube hervorrufen soll.

Den Deutschen im Jura wird das Recht abgesprochen, deutsche Schulen zu haben. Wir wiesen auf die französischen Schulen Biels hin. Man antwortete: das ist etwas andres! Die Welschen im Großen Rat sagen, da könnten ja die welschen Bewohner der Stadt Bern auch französische Schulen beanspruchen; darauf antwortet eine stadtberneische Amtsperson: gewiß, wir sind nicht abgeneigt.

Kurz, überall gibt der Deutsche nach und zum Lohn wird täglich über Germanisationsversuche in der welschen Schweiz geklagt. Die Welschen haben keinen Sinn dafür, daß uns billig ist, was ihnen recht ist. Der schon erwähnte Neuenburger Geograph schreibt z. B.: le Jura devrait revendiquer mordicus ses droits; das ist ja gerade, was

wir tun und was uns der Präger dieser Aufforderung als vaterlands-
gefährlich vorwirft!

Das stärkste aber, was derselbe Herr leistet, ist folgendes: Er erzählt entrüstet den Lejern des „Pays“ und der „Gazette de Lausanne“, in einem deutschen Kartenwerk seien auf einer Sprachen-karte einige Bezirke des Juras als gemischt dargestellt. Die Tatsache, daß dort über ein Viertel der Bevölkerung deutsch ist, kann er nicht leugnen. Aber die bloße Feststellung dieser Tatsache bringt ihn in Harnisch. Er ist es ja auch, der schon früher von den in die welsche Schweiz eingewanderten Deutschen den Ausdruck gebraucht hat: la population dite de langue allemande (die sogenannte deutsche Bevölkerung). Das Dasein eines deutschen Bevölkerungssteils soll einfach geleugnet werden.

Ein merkwürdiger Irrtum kehrt immer wieder bei der Behandlung der Sprachenfrage: die Welschen meinen, die Anerkennung der Landessprachen durch die Verfassungen verbürge jeder Sprache die Unverletzlichkeit ihres Gebietes, sie glauben ein Recht auf ihren gegenwärtigen Besitzstand zu haben. Das ist natürlich nicht der Fall. Die Verfassung bürgt dafür, daß die Einwohner unsres Landes in ihrer Muttersprache mit den Behörden verkehren können (dazu wird z. B. gehören, daß die Oberwalliser Beamte bekommen, die auf deutsch Rede und Antwort stehen), aber sie legt keine Sprachgrenze fest. Das versteht jeder, sobald es sich um kirchliche Dinge handelt. Die Verfassung leistet Gewähr für die freie Ausübung der verschiedenen Gottesdienste, aber sie verbürgt weder dem Kanton Schaffhausen, daß er in alle Ewigkeit protestantisch bleibe, noch dem Kanton Solothurn, daß er nicht in Zukunft einmal mehr Protestanten zählen werde als Katholiken. Wenn durch Wanderungen die Bekennnisse oder die Sprachen gemischt werden, so ist das ein Tatbestand, gegen den niemand ein Recht hat einzuschreiten. Wir begreifen ganz wohl, daß die Welschen wie wir ihr Sprachgebiet nicht vermindert sehen möchten, aber ein Recht, das zu verhindern, haben sie nicht. Sie selbst haben übrigens auf deutschem Sprachgebiet eine ganze Reihe französischer Schulen verlangt und erhalten.

Doch nochmals: wir wollen niemand und nichts germanisieren, sondern befürworten nur für unsre Leute das Recht und (wenigstens im Kanton Bern) die Mittel, sich die Muttersprache zu erhalten.

Ein Vorstandsmitglied hatte einen der welschen Führer aufgefordert, ihm zu beweisen, daß wir jemals die Germanisation des Jura erstrebt hätten. Als Antwort erfolgte der Hinweis auf irgend welche Artikel, die in (uns gänzlich unbekannten) reichsdeutschen Zeitungen

erschienen seien. Und auf solche Vorwände stützt man sich, wenn man uns im Grossen Rat des Kantons Bern als pangermanistische Wühler hinstellt! Diese Kampfweise scheint uns unehrlich.

Wir benützen die Gelegenheit zu der Erklärung, daß wir ein für alle Mal für die guten oder schlechten Artikel ausländischer Zeitungen keine Verantwortlichkeit übernehmen. Mag man in Berlin und München über Deisberg, Biel und Sitten schreiben, was man will, das geht uns nichts an; wir machen die Neuenburger und Waadtländer auch nicht für das verantwortlich, was Pariser Zeitungen über uns schreiben.

Allerdings werden im Reich draußen oft genug ungeeignete und mißverständliche Darstellungen über unsre Sprachverhältnisse gegeben. Wir bedauern das, wie man jeden Irrtum bedauert, aber wir sind unschuldig daran.

So weit war unser Bericht geschrieben, als wir Kenntnis erhalten von der Gründung einer Union romande, „qui aura moins pour but de se mêler activement à la lutte des langues (also doch auch!) que de développer le goût de la culture latine et de la langue française.“ So drahtet man aus Bern an den Pariser „Eclair“. Im „Démocrate“ werden die Ziele und Grundsätze des neuen Vereins entwickelt und zwar so, daß wir sagen können: das ist der welsch-schweizerische Sprachverein, der genau das erstrebt, was wir für unsre Sprache wollen. Jetzt werden hoffentlich unsere Gegner, unter denen der Berner Berichterstatter einer der aufgeregtesten ist, aufhören uns vorzuwerfen, daß wir einen deutschschweizerischen Sprachverein haben.

Ein Unterschied besteht immerhin zwischen den beiden Vereinen: der unsrige nimmt nur Schweizer auf und hat es abgelehnt, sich einem ausländischen Verein anzugehören; die Union romande dagegen will sich einer internationalen Vereinigung anschließen, deren Vorstand aus Französen, Belgieren, Kanadiern und Schweizern zusammengesetzt sein soll. Wir freuen uns darüber, denn der neue Verein wird bald alle unsre Gegner umfassen und diese werden uns nun hoffentlich nicht mehr anshuldigen, daß wir für das Ausland arbeiten.

Wir sind am Schluß unsres Berichtes angelangt. Dabei haben wir selbst das peinliche Gefühl, den Eindruck erweckt zu haben, als wären wir ein Kampfverein, der seine Kräfte in unerquicklichen und zum Teil kleinlichen Zänkereien erschöpft. Wir möchten aber nicht,

dass dieser Eindruck entstünde und sich festsetzte. Wir hoffen, mit den grundsätzlichen Darlegungen des vorliegenden Berichtes eine genügende Rechtfertigung unsres Vereins wenigstens für das Urteil unsrer deutschen Landsleute gegeben zu haben, und auf Erörterungen mit unsren welschen Gegnern werden wir uns nach den gemachten Erfahrungen als auf etwas ganz nutzloses gar nicht mehr einlassen.

Wir möchten hier noch einige Wünsche äußern. Unser Arbeitsgebiet ist sehr weit oder sehr eng, je nach den Mitteln und Kräften, die uns zur Verfügung stehen. Gegenwärtig ruht die Arbeitslast auf wenigen Schultern. Darin liegt eine Gefahr für die Zukunft unsres Vereins. Wir bitten unsre Mitglieder herzlich, sich an der Tätigkeit für unsre Sache reger und zahlreicher zu beteiligen, namentlich aber auch neue Mitglieder zu werben. Der Vorstand hat auch in dieser Sache sein Möglichstes getan (z. B. an achthundert Geistliche den Werbebrief von 1905 versandt), aber ein gedrucktes Blatt wirkt niemals wie persönliche Werbung. Und was wir weiter bedürfen, das sind größere Geldmittel. Wenn die Kasse nach Bestreitung der laufenden Vereinsbedürfnisse und nach Bezahlung der Zeitschrift erschöpft ist, so werden die Zwecke des Vereins nicht gefördert werden können. Wir hätten jedes Jahr nützliche Verwendung für tausende von Franken zur Verbreitung von Schriften, zur Veranstaltung von Vorträgen und zu andern Zwecken. Besonders zu begrüßen wäre es, wenn zur Bevölkung der laufenden Geschäfte eine geeignete Kraft gewonnen und ihre Arbeit entsprechend vergütet werden könnte. Dann würde die Pflege unsrer Sache und die Schuharbeit in wirklicher und umfangreicher Weise besorgt werden.

Es wäre aber undankbar, hier solche Wünsche zu äußern und nicht zugleich einigen Gebern unsren Dank auszusprechen, die schon bisher in hochherziger Weise die Zwecke unsres Vereins gefördert haben.

Zürich, im Januar 1907.

Der geschäftsführende Ausschuss.